

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle
Gesellschaft: Herford,
Rennstraße 29/31



für Stadt

und Land

Fernsprecher Nr. 53 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hannover

Anzeigenpreis 30 Pfennig

die 11. Spalte. Willkürliche oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 35 Pfennig.
Kleinanzeigen die Seite 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Umschlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 33.

Herford, Mittwoch, den 9. Februar 1921

39. Jahrgang

Reichsfinanzen und Entente- forderungen.

Von Dr. Pachnieke, M. d. R.

78 Sitzungen hat der Hauptausschuß auf die Beratungen des Etats seit vorigem Herbst verwendet. Abstriche sind dabei nur in ganz geringfügigem Maße erfolgt; es kamen im Gegenteil Wünsche nach Erhöhungen bei den verschiedensten Titeln zum Ausdruck. Am Schlusse des mit dem 31. März ablaufenden Finanzjahres steht ein Fehlbetrag von 80 bis 90 Milliarden Mark. Auf 79 Milliarden wurde er bereits vor 2 bis 3 Wochen geschätzt. Inzwischen aber sind weitere Forderungen großen Stils hinzugekommen und neue stehen in Aussicht.

Für die Erwerbslosenunterstützung ist bereits etwa eine Milliarde Mark ausgegeben. Eine zweite Milliarde wurde in einem Ergänzungsetat des Arbeitsministeriums fobien gefordert und bewilligt. Davon sollen etwa 50 Millionen monatlich zur Unterstützung, der Rest zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit verwendet werden. Für Wohnungszwecke haben Reich, Länder und Gemeinden seit dem November 1918 4,2 Milliarden ausgegeben, ohne daß die Wohnungsnot dadurch fühlbar gelindert wurde. Um nicht auch das Baujahr 1921 ungenützt vorübergehen zu lassen, entschloß sich die Finanzverwaltung, über das bisher Geleistete hinaus noch 1½ Milliarden an Vorschüssen für Länder und Gemeinden zu bewilligen, welche ihrerseits durch später einzuführende Steuern dafür Deckung bieten sollen. Ob das Reich tatsächlich wieder zu seinem Gelde kommt, ist keineswegs sicher. Einstweilen schafft die Notenpresse Deckung.

Ein weiterer in den geschätzten 79 Milliarden nicht enthaltener Ausgabeposten betrifft die Zuwendungen des Reiches an die Länder für Gehaltssteigerungen. Ueber die 20 Milliarden hinaus, welche die Besoldungsordnung und das Pensionsergänzungsgesetz erfordern, muß das Reich zur Bestreitung der neuerdings bewilligten Teuerungszuschläge etwa 4 weitere Milliarden zahlen. Die Länder empfangen einen Zuschuß, die Gemeinden nicht. Der Reichsrat hatte gebeten, wenigstens 100 Millionen auszuweisen, damit bedürftige Gemeinden in die Lage gesetzt werden, die erhöhten Gehälter zu bezahlen. Welche Gemeinden sind aber heute nicht bedürftig oder würden sich nicht als bedürftig bezeichnen, sobald es gilt, aus einem Fonds Zuwendungen zu erlangen. Die 100 Millionen wären dann nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

5½ Milliarden sind kurzerhand zur Verbilligung von Auslandsgetreide, 1,3 Milliarden zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke, 500 Millionen für phosphorsäurehaltige Düngemittel, 277 Millionen für Frühlingsprämien bewilligt worden. Nach Milliarden zählende Opfer werden noch erforderlich, um die Ansprüche der Reichen zu befriedigen, die ihre Handelsflotte wieder herstellen wollen. Viele Milliarden sind nötig, um die Auslandsdeutschen zu entschädigen, die im Krieg ihr Vermögen verloren haben. Es braucht ferner nur eine neue Teuerungswelle oder infolge der beabsichtigten Milderung der Mietordnung eine erhebliche Mietssteigerung zu kommen: dann ist eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung da, die wiederum Milliarden verschlingt.

Die Finanzlage ist also über alle Maßen trostlos. Dazu kommen die Propositionen des Feindbundes, die sich, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, in Requisitionen verwandeln und mit Sanktionen erden werden. Noch sind die Vorschläge, bald werden es Vorschriften sein, deren Nichterfüllung die andgedrohten Strafen nach sich zieht. Die Entente will unser wehrlos machen und uns dann wirtschaftlich knebeln. Wie wir dabei aber Summen von geradezu astronomischen Größenverhältnissen zahlen sollen, das ist ihr Geheimnis.

Neue Steuern werden angefündigt auf Zucker, Süßholz, Branntwein, Devisen, Versicherung und auf Rohle. Aber selbst, wenn der Reichstag, was keineswegs feststeht, sie alle bewilligen sollte, würden höchstensfalls einige Milliarden Papiergeld herauspringen, welche zu den erstmalig geforderten zwei Milliarden Goldmark außer allem Verhältnis stehen. Wieder müßte die Notenpresse helfen. Sie jetzt bereits 171 Milliarden betragende schwebende Schuld stiege ins Ungeheure weiter. Damit aber würden wir uns den Geld- und Marktverhältnissen Österreichs nähern, das uns in dieser Richtung immer nur 1½ Jahre voraus war.

Hätte der Feind auch nur eine Spur von wirtschaftlicher Einsicht, so müßte er seine Forderungen nach Maßgabe der zu erwartenden Gegenwortschläge herabsetzen. Darf man fobiel staatsmännische Einsicht von Leuten erwarten, deren Augen von Rachsucht geblendet sind?

Das Neueste vom Tage.

Die deutsche Regierung hat die Einladung nach London unter Vorbehalt angenommen.

Am 15. Februar wird der Reichswirtschaftsrat zusammenkommen, um zur Frage der Tarifierhöhung bei den Eisenbahnen Stellung zu nehmen.

Gestern fand in der Vulkanwerft zu Bremen der Stapellauf des Dampfers „Hindenburg“ statt. Der Generalfeldmarschall nahm die Laufe vor.

Hindenburg wurden anlässlich seiner Anwesenheit in Bremen große patriotische Kundgebungen dargebracht.

Die Beratung in der bayerischen Landtagsfraktion über die politische Lage sind gestern noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie werden heute fortgesetzt.

Die Hauptverhandlungen zwischen Danzig und Polen über die abzuschließenden Verträge beginnen am 14. Februar in Warschau.

Belgien erklärte, auf sein Recht zur Beschlagnahme deutschen Eigentums zu verzichten.

Das englische Marinebudget für das laufende Jahr ist darauf berechnet, die Flotte auf dem gegenwärtigen Stand zu erhalten. Es wurden 25 Millionen Pfund Sterling weniger angelegt, als im Vorjahre.

Zwischen Oesterreich und Ungarn begannen Verhandlungen wegen Festlegung der westungarischen Grenze.

Tschischerin bietet Rumänien Verhandlungen über die strittigen Fragen an.

Die bayerische Entscheidung.

Gestern vormittag ist im bayerischen Ministerrat die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr beraten worden. Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin war es nicht gelungen, Herrn von Rahe zu einer klaren Stellungnahme zu bringen, während innerhalb der Reichsregierung und der übrigen Vertreter der Länder der volle Einmütigkeit herrschte. Wenn die Ententeforderungen auf Entwaffnung der Einwohnerwehr, die dem Friedensvertrag und dem Spa-Altkommen entsprechen, nicht erfüllt werden, so ist es klar, daß die Stimmung in den Ententeländern und auch bei den Neutralen wiederum mit Leichtigkeit gegen den angeblichen deutschen Militarismus aufgepeitscht werden kann. Aber auch innerpolitisch würde es, wenn Bayern die Entwaffnung ablehnen sollte, zu schweren Schäden führen. Die Einheitsfront müßte gefährdet werden, und zwar würde in Bayern selber die innere Erschütterung nicht ausbleiben. Schon jetzt hat die Sozialdemokratie Nordbayerns in einer Entschließung erklärt: „Bleibt die Regierung Rahe auf ihrem Standpunkt bestehen, so bedeutet das in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes, einen Bruch Bayerns mit dem Reiche. Dieses furchtbare Spiel der Rahe-Regierung kann und darf die Bevölkerung Nordbayerns nicht mitmachen. Wenn die Rahe-Regierung das Bayernland ins Unglück stürzen will, muß sie allein die Verantwortung tragen. Die bayerische sozialdemokratische Partei erklärt schon heute, daß sie dieser Wahnsinnstat der Bayern-Regierung Widerstand entgegenzusetzen wird, und daß sie sich voll und ganz auf die Seite des Reiches stellt.“

Die bayerische Regierung darf in dieser Frage sich nicht an Reichstreue von der Sozialdemokratie überlassen lassen. Sie muß wenigstens grundsätzlich erklären, die Entwaffnung der Einwohnerwehr durchzuführen. Da die Entente als Termin für die Entwaffnung den 31. März gesetzt hat, so hat Bayern immerhin die Möglichkeit, die Entscheidung in Ruhe zu treffen und sie vorzubereiten. Besonders muß Herr von Rahe für alle Fälle sein grundsätzliches Einverständnis mit allen Entscheidungen der Reichsregierung geben. Eine Ablehnung der Entwaffnung bedeutet Stärkung der nationalistischen Strömungen in Bayern und damit Schädigung der deutschen Position in London. Wenn, was man vorläufig noch nicht annehmen soll, in London keine Verständigung zustande käme, und dann die andgedrohten Strafmaßnahmen, vor allem weiteres Vorrücken der Ententeheere in Deutschland zur Wirklichkeit würde, müßte ja Bayern doch nachgeben. Aus allen diesen Gründen hätte erwartet werden dürfen, daß Herr von Rahe sich in Berlin anders verhalten haben sollte, als er das getan hat. Noch ist bis zur Stunde die Entscheidung des bayerischen Ministerrats nicht bekannt. Sicher ist nur das eine, daß auch die gesamte Deutsche demokratische Partei in Bayern unbedingt an dem Grundsatze festhält: Erst Deutschland, dann Bayern. Auch sie will die bayerische Einwohnerwehr nicht verächtlich beiseite legen, aber sie will auch nicht um Bayerns willen unausdenkbares Unglück über das gesamte deutsche Volk bringen. Dieser Standpunkt wird von allen Demokraten und darüber hinaus von allen Parteien im übrigen Deutschland gebilligt werden. Man kann nur wünschen, daß auch die bayerische Staatsregierung zur gleichen Einsicht gelangt.

Die unmögliche Abrüstung der Ostseefronten.

Die Pariser Beschlüsse enthalten neben den Wiedergutmachungsfragen bekanntlich auch genaue Vorschriften über die weitere Entwaffnung, insbesondere über die Schleifung der noch verbleibenden wenigen Ostseefronten, wie Königsberg, Swinemünde, Pillau und Rügen. Unter allen möglichen Vorwänden wird der Versuch gemacht, diese für die Verteidigung Deutschlands unbedingt notwendigen Festungen widerstandslos zu machen. Es erübrigt sich, auf die technischen Einzelheiten einzugehen, es genügt die Feststellung, daß die Ostseefronten vollständig ihres modernen Verteidigungscharakters entkleidet werden sollen. Hiergegen müssen wir selbstverständlich immer wieder Einspruch erheben, weil der Zustand im Osten, insbesondere die ungelöste Lage zwischen Polen und Litauen unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Die Entente müßte doch einsehen, daß sie sich mit der Forderung unserer vollständigen Abrüstung im Osten unter Umständen ins eigene Fleisch schneidet.

Unnötige Entrüstung.

Die grobkörnige Presse, insbesondere die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet sich darüber, daß das Preussische Staatsministerium durch Beschluß des Landesökonomikollégiums aufgehoben hat, sie bezeichnet die Beseitigung dieser Körperschaft als einen „Schlag gegen die Landwirtschaft“. Bekanntlich beruhte das Landesökonomikollégium nicht auf gesetzmäßiger Grundlage, sondern nur auf einer königlichen Verordnung. Seine Zusammenkunft war denkbar einseitig. Von den rund 30 Mitgliedern gehörten etwa 20 dem hochadligen Großgrundbesitz an. Die eigentliche Bauernschaft war überhaupt nicht vertreten. Wenn die deutschen Nationalen Blätter die Beseitigung des Landesökonomikollégiums beklagen, so machen sie sich ausschließlich zu Verteidigern der Vorrechte des feudalen Großgrundbesitzes. Das landwirtschaftliche Interesse kommt durch die Beseitigung in keiner Weise zu kurz. Wie bekannt, hat die Preussische Landesversammlung den Neuaufbau der Landwirtschaftskammern auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aller selbständigen Landwirte beschlossen und hiermit der Bauernschaft den maßgebenden Einfluß auf diese wichtigen Selbstverwaltungskörper verschafft. Auf diesen neuen Landwirtschaftskammern soll dann anstelle des Landesökonomikollégiums eine Hauptlandwirtschaftskammer gebildet werden, die dem neuzeitlichen Bedürfnis entsprechen wird.

Neuwahl der preussischen Landwirtschaftskammern.

Eine neue Wahl steht bevor. Am 20. März sollen die preussischen Landwirtschaftskammern neu gewählt werden. Jetzt ist aus dem kleinen Landwirt Gelegenheit geboten, seine Stimme abzugeben und damit auf eine bessere Zusammenkunft der Kammer hinzuwirken. Eigentümer, Pächter oder Pächter, die die Landwirtschaft im Hauptberuf ausüben, und solche, die sie im Nebenberuf ausüben, wenn dies nicht überwiegend zur Befriedigung der eigenen hauswirtschaftlichen Bedürfnisse geschieht, sind wahlberechtigt, auch dann, wenn sie gelegentlich gegen Lohn in einem fremden Betrieb arbeiten. Auch der Landfrau steht das Wahlrecht zu. Die Wahlvorschlüge müssen bis zum 5. März eingereicht sein. Es gilt die Vorbereitung schleunigst zu treffen und alle Kraft aufzubieten, Kandidaten durchzusetzen, welche wirkliche Bauernpolitik treiben. Die kleinen Landwirte in Preußen zählen nach Millionen, die großen nur nach tausenden. Es sollte ein Leichtes sein, die bisherige Vormachtstellung des Großgrundbesitzes zu beseitigen.

Wahlbewegung.

Eine „nette“ Mittelstandspartei.

Schon bei den letzten Wahlen trat in Berlin und Umgebung, in Breslau und Mecklenburg eine sogenannte Mittelstandspartei auf, die sich auch Wirtschaftspartei oder wirtschaftliche Vereinigung nannte. Sie brachte es überall nur auf wenige Stimmen; der einzige Erfolg dieser Partei war eine Kraftvergeudung auf Kosten der bürgerlichen Parteien zu Gunsten der Sozialdemokratie. Auch bei den bevorstehenden Wahlen hat diese Partei wieder eine Reihe von

Schlesiens Arbeiter lieben ihre Heimatprovinz nicht minder als alle anderen Stände und wünschen, daß sie von Oderberg bis Freytag, von Habelsberg bis Rastau dem deutschen Vaterland ungeteilt erhalten bleibe. Herr und Verstand führt sie zur treuen Anhänglichkeit an das große deutsche Land, das ihnen trotz allen Ungemachs eher Frieden und Brot, Freiheit und Kultur geben wird als irgend ein fremder Nachbarstaat. Aus der Grube und vom Pflug aus Werkstatt und Kanzlei, in großen Volksversammlungen wie im persönlichen Gespräch bekannten mir meine Gefinnungsfreunde ohne Unterschied: Deutsch wollen wir sein und bleiben.

Reichstagspräsident Döbe.

Schwarze Seite.

Elise von S. G. 1918.

Wünsche hoch nicht machen. Beißt du noch, Siebeck? — Du kommst mit einem Gefallen um und bleibst für mich stehen. Du kommst — bis besser leben können als ich. Sei habe dir hier alle neuen Hoffen auf einen gut mitgebracht, keine alten können mit

Kandidaten aufgestellt. Von ganz besonderem Interesse ist die Tatsache, daß für diese sogenannte Mittelstandspartei die anerkanntesten Führer des großen Hausbesitzes und des Großkapitalismus, wie der fassam bekannte Kommerzienrat Haberland, der in Ostpreußen die Riste führt, landbieten. Haberland hat sich durch seine im höchsten Maße mittelstandsfeindliche, nur dem Interesse einiger weniger Großkapitalisten und Spekulanten dienende Boden- und Wohnungspolitik bekannt gemacht. An der ersten Stelle der Landesliste der sogenannten Wirtschaftspartei steht der ehemalige Reichsminister Abg. Prof. Bredt-Marburg, der ebenfalls als ein Förderer des Schutzverbandes der Großhaus- und Grundbesitzer hervorgetreten ist. Angesichts dieser Kandidaturen dürfte es nicht Wunder nehmen, wenn diese „Mittelstandspartei“ über reichliche Geldmittel zur Wahlagitierung verfügt. Die wirklichen Mittelstandskräfte aber werden wissen, was sie von dieser eigentümlichen Parteigruppe zu halten haben.

Die Kreiswahlvorschläge.

6d. Minden. 8. Febr. Heute mittag fand unter Vorsitz des Kreiswahlleiters von Bergen durch den Wahlschluß die Prüfung der Kreiswahlvorschläge für den Wahlkreis 17 (Westfalen Nord) statt. Die angemeldeten 9 Kreiswahlvorschläge wurden zugelassen.

I. Kennwort: Unabhängige Sozialdemokratische Partei. (Von 19 Kandidaten wird Metallarbeiter Schröder-Rheine gestrichen, da nicht alle Bescheinigungen vorlagen; erster ist Bergmann Ab. Herwig in Hülls.)

II. Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). 12 Kandidaten, erster ist Staatsminister Severing-Bielefeld.

III. Kennwort: Fraktionslose Partei. (Von 3 Kandidaten wird Bürgermeister Abendroth-Necklinghausen-Stid aus gleichem Grunde wie zu I gestrichen; erster ist Karussellbesitzer Thies-Necklinghausen.)

IV. Kennwort: Christlich-sozial. (4 Kandidaten); erster ist Eisenbahnschaffner Bögner-Münster.

V. Kennwort: Zentrumspartei. (17 Kandidaten); erster ist Landesrat Herold Haus Voelckhoff.

VI. Kennwort: Deutschnationale Volkspartei. (23 Kandidaten, gestrichen wird Gutbesitzer Engels. Frhr. v. Landsberg-Behlen zu Drensfurt, aus gleichem Grunde wie zu I.) Erster ist Pfarrer Roch-Bad Deynhausen.

VII. Kennwort: Deutsche Volkspartei. (19 Kandidaten). Erster ist Gymnasialdirektor Dr. Voelckhoff.

VIII. Kennwort: Deutsche Demokratische Partei. (10 Kandidaten). Erster ist Oberbürgermeister Dominicus-Berlin-Schöneberg.

IX. Kennwort: Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands. (Von 8 Kandidaten wird Bergmann Hammer-Duer aus gleichem Grunde wie zu I gestrichen). Erster ist Parteiführer Krog-Duisburg.

Verbindungsversuche mit Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd) hatten eingereicht 1, 2, 3, 5, 7, 8, 9; Erklärungen betr. Übertragung der Reststimmen auf die Landeswahlvorschläge gaben ab 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9.

Der Kreiswahlleiter hat von der Befugnis Gebrauch gemacht, daß die Einzelwahlresultate von den Kreislern und Stadtgemeinden zu sammeln und den Kandidaten zu übermitteln sind. Diese und die Stadtergebnisse haben die gesammelten Ergebnisse dem Kreiswahlleiter zu übermitteln. Eine Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses wird frühestens am 21. 2. abends, vielleicht erst am 22. 2. möglich sein.

Rundschau.

Der Zusammentritt des preussischen Landtags. Mit Rücksicht auf die Karwoche ist es wichtig, daß der Landtag nach seiner Neuwahl möglichst schnell zusammentritt. Man nimmt an, daß das Wahlergebnis bis zum 8. März vorliegen kann, daß am nächsten Tage die Legimitationen an die Abgeordneten abgegeben werden können und der Landtag zum 10. März einberufen werden kann. Damit wird es möglich sein, die Wahl des Ministerpräsidenten und die Berufung des Staatsministeriums bis zum 19. März zu erledigen.

Barfüßle

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte
von Berthold Auerbach.

Die Nacht war dunkel. Man hatte lange Kiefernspäne als Fackeln mitgenommen, und die Burschen, die sie trugen, tanzten damit auf und nieder und jauchzten. Raun aber war die Musik zurückgekehrt, kaum war man eine Strecke von Endringen hinausgekommen, als es hieß: „Die Fackeln blenden nur!“ und besonders zwei heurautete Soldaten, die in ganzer Uniform unter dem Trupp waren, spotteten im Bewußtsein ihrer angehängten Säbel über die Fackeln. Man verließ sie in einem Graben. Nun fehlte noch dieser und jener und diese und jene. Man rief ihnen zu, und sie antworteten aus der Ferne.

Die Rosel wurde von des Kappelbauern Sohn von Bouterbach begleitet, aber kaum war er fort, und kaum war sie bei ihren Ortsangehörigen, als sie laut sagte: „Ich will nichts von dem.“ Einige Burschen stimmten ein Lied an, und einzelne sangen mit, aber es war kein rechter Zusammenhalt mehr, denn die Soldaten wollten neue Lieder zum besten geben. Es wurde nur manchmal laut gelacht, denn einer der Soldaten war ein Enkel des lustigen Profi, der Sohn der Gipsmüllerin Monita, und der brachte allerlei Witze vor, denen besonders der Schneiderjörg, der mitging, zum Stacheln dienen mußte. Und wieder wurde gesungen, und jetzt schienen man sich geeinigt zu haben, denn es tönte voll und hell.

Barfüßle ging immer hinterdrein, eine gute Strecke von ihren Ortsangehörigen entfernt. Man ließ sie gewähren, und das war das Beste, was man ihr antun konnte. Sie war bei ihren Ortsangehörigen und doch allein, und sie schaute sich oft um nach den Feldern und Wäldern. Wie war das wunderbar! Jetzt in der Nacht, so fremd, und doch wieder so vertraut! Die ganze Welt war ihr so wunderbar, wie sie sich selbst geworden war. Und wie sie ging, einen Schritt nach dem andern, wie fortgeschoben und gezogen,

Die neugewählten Reichstagsabgeordneten für Ostpreußen und Oberschlesien werden, wie wir hören, zum 5. März einberufen werden. Mit diesem Tage würde demnach das Mandat derjenigen Abgeordneten aus diesen Wahlkreisen enden, die nicht wieder aufgestellt oder nicht wieder gewählt worden sind.

Die Feuerungszuschläge der preussischen Beamten. Der für Preußen verfassungsgemäß für die Zeit der Auflösung des Parlaments einzuführende ständige Ausschuß von 29 Mitgliedern, zusammengesetzt entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien in der Landesversammlung, ist gestern zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Nachdem von demokratischer Seite darauf hingewiesen worden war, daß die Feuerungszuschläge der Beamten gegenüber der Feuerung unzureichend seien, wurde die Notverordnung über die Veränderung der Beförderungsordnung sowie diejenige über die Zuschläge vom Grundgehalt und Ortszuschlag der Staatsbeamten angenommen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

9. Februar.

Die Kirchenwahlen in Westfalen.

fanden am 5., 6. und 7. Februar statt. Die Beteiligung war überall dort sehr stark, wo 2 oder 3 Listen aufgestellt waren. Es wählten in diesem Falle 75—90 Prozent der Wahlberechtigten. Dort, wo Einheitslisten aufgestellt waren, war die Beteiligung geringer, aber teilweise auch über 50 Prozent, besonders dort, wo mehr Namen auf den Listen standen als zu wählen waren. Die Einheitslisten sind meistens positiv. Der Bund der freien Volkskirche ist zumeist nur in einzelnen Städten mit Sonderlisten hervorgetreten. Seine Erfolge sind gering. An keiner Stelle hat er die Hälfte der Stimmen bekommen. Einige Ergebnisse, wo 2 Listen aufgestellt waren, seien angegeben:

Hamm	43	positiv	14	liberal
Hagen	83	„	17	„
Witten	43	„	17	„
Bochum	50	„	10	„
Stoßum	32	„	13	„
Bommern	17	„	15	„
Gattungen	47	„	4	8 Listen der Gemeinschaftsleute.

Kein Wahlkampf fand statt, weil Einheitsliste aufgestellt war: im Siegerlande, Kreis Wittgenstein, Minden-Ravensberg, Soest, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Bielefeld, Dortmund, Herne, Hörter, Ramen, Halle, Weimar. Die Wahlbeteiligung war auch am Sonnabend und am Montag nicht geringer als Sonntag. So haben beispielsweise in Witten am Sonnabend, den 5. Februar, 83,3 Prozent der Wahlberechtigten gewählt.

— Massenkundgebung gegen die schwarze Schmach. Der Vortrag des Münchener Schriftstellers Distler in Evangel. Vereinshaus war außerordentlich stark besucht. Sätze und Gänge waren gedrängt voll von Menschen. Wir werden über die bedeutungsvolle Kundgebung morgen ausführlich berichten.

t. Gewerbebank. Man schreibt uns: Was durch finanziellen Zusammenbruch der Gewerbetreibenden erreicht werden kann, zeigt nachstehender Jahresbericht von 1920 der Gewerbebank in unserer Nachbarstadt Bielefeld: Das abgelaufene Geschäftsjahr 1920 hat der Gewerbebank eine ganz außerordentliche Weiterentwicklung gebracht. Fast alle Zahlen der nunmehr fertiggestellten Bilanz weisen recht erhebliche Erhöhungen auf. Besonders ist vor allem der Zuwachs an fremden Geldern, deren Gesamtsumme sich um etwa sechs Millionen Mark erhöht hat. Die Umsätze haben sich ganz außerordentlich vermehrt. Während sie sich im Jahre 1918

noch auf rund 220 Millionen Mark beliefen, erreichten sie im abgelaufenen Jahre die Summe von einer Milliarde Mark, d. i. ungefähr die Gesamtsumme der Umsätze in den ersten 50 Jahren des Bestehens der Bank. Der erzielte Reingewinn von etwa 152 000 M gestattete es, eine Erhöhung der Dividende, die in den letzten Jahren 5 und 5½ Proz. betrug, vorzunehmen. Es wird daher seitens der Verwaltung die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent in Vorschlag gebracht, so daß von dem erzielten Reingewinn 92 000 M als Dividende zur Verteilung gelangen, während 60 000 M den Reserven zugeführt werden sollen. Durch diese letzten Zuweisungen erhöhen sich die Reserven der Gewerbebank auf 1 000 000 M.

— Die Betriebsbilanz. Das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung ist mehrfach geändert worden. Zunächst gegenüber der Vorlage der Regierung im Ausschuß und dann gegenüber der Ausschlußfassung in der zweiten Lesung. Wir bringen daher den Wortlaut des grundlegenden Paragraphen in endgültiger Fassung: Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Die Auskunft muß sich auf die Unterlagen der Bilanz, wie Inventar, Rohbilanz, Kontokorrentkonto, Betriebs- und Handlungskosten gründen. Eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen besteht nicht. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahre vorgenommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung auszuweisen. Gehören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazugehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.

— Aus dem Minden-Ravensberger Turngau. Wie uns die Gauleitung mitteilt, muß der auf den 27. Februar in Herford anberaumte Gauleitung auf Sonntag, den 6. März, d. J., verschoben werden.

— Fälschung der Eisenbahn. Auf dem Bahnsteig des Bahnhofes in Ahlen i. W. wollte die Ehefrau H., die einen Sack mit gefälschten Kartoffeln auf dem Rücken trug, sich das Tragen dieser Last dadurch erleichtern, daß sie sich mit dem Sack an einen dort stehenden Pfeiler lehnte. Sie verfehlte jedoch den Pfeiler, verlor das Gleichgewicht, fiel rückwärts auf das Geleise und geriet unter einen gerade vorbeifahrenden Güterzug, der ihr den rechten Arm und die linke Hand abfuhr. Sie verlagte den Eisenbahnfiskus auf Zahlung einer Rente. Dieser hielt eigenes Verschulden der Klägerin für vorliegend, weil sie als 61jährige Frau sich mit einem so schweren Sack beladen habe, daß sie das Uebergewicht verlor. Während das Landgericht Hannover die Klage ganz abwies, verurteilte das Oberlandesgericht Celle den Eisenbahnfiskus zum Ersatz von ein Drittel des Schadens. Es hielt ebenfalls eigenes Verschulden der Klägerin für vorliegend. Es müsse aber der Umstand in Erwägung gezogen werden, daß gerade in dem Augenblick, als die Klägerin zu Fall kam, ein Güterzug durchfuhr, der sie erfaßte. Möge es auch im allgemeinen zu den regelmäßigen Vorkommnissen des Eisenbahnverkehrs gehören, daß auf den Fahrgeleisen aller Bahnhöfe Züge aus- und einfahren, so liegt doch hier die Sache insofern anders, als gerade das Geleise, auf dem einige Zeit hernach der von der Klägerin erwartete Zug abfahren sollte, von einem anderen Zuge befahren wurde.

h. Ein Selbstmord im Eisenbahnzuge. Von der Polizeiverwaltung des Amtes Gohfeld-Mennighüffen wird uns telephonisch mitgeteilt, daß in dem Personenzuge, der nach 3.36 Uhr in Löhne eintrifft, ein junger Mann erhängt auf

Die oberste
an das deut
polnische Re
kulturelle Se

Spenden erbe
Bar

gefunden wor
ben: Größe
beleidet mi
mit blauem
und sehr
es, daß den
trug. Mitter
hängten fäh
über an die
hätten zu ri

Schwarz
begeht am f
Saale des
fest durch ei
festes sollen
Ehrenmal
auf den gute
mit einem st

th. Löhne
drei hiesigen
Trocken auf
sowie mehrer
gestohlen.

th. Menn
bauers Sch
mittag vom
Sie hatte d
glie beim Be
hausens aus
beigerufene M
war unmitte
mann befand
duftgiebiet.

th. Menn
in einer der
von etwa 30
einem 10 Pf
scheibe zertrü
Stoff heraus

th. Biele
8 Uhr wurde
Betrag von 1
immer im B
fundig war
haben muß.
Eingang zum
bereits auf de
überflüssiges
es zur Sparr
und zudem 3

Bielefeld.
112 bezw. 26 w
Kostimmung au
bringung der
bereit erklärt.
in Bielefeld St
120 000 Mark a
den Personen w
gezählt werden.
den Abstimmung
verein wurde b
den, rund 40 000
aufzubringen.
tracht kommen.
für schweren B
gleicher Höhe h
120 000 Mark f
Stellung notleid
gebracht.

Uns Ma

Halle. Das
mann Adolf M
Steuererklärung
Einzahlung der

Sindenburg.
Dorfe Jaborz
plünderien es a
für etwa 20 000
größere Menfch
die unbehelligt

Berlin. Di
schiebung von
Wernalter des
Spandau verfu
strumente, welch
ten, an polnische
in Berlin 8 300
denen sich gr
Panjscherferm

CA

CA

CA

CA

CA

CA

CA

CA

CA

Die oberschlesische Frage ist die Kabinettsfrage des Schicksals an das deutsche Reich, aber auch die Kabinettsfrage an die polnische Republik. Von ihrer Beantwortung hängt ab das kulturelle Sein oder Nichtsein des einen oder des andern von beiden. Deutscher, entscheide dich!

Spenden erbeten auf Konto „Grenzspende für Oberschlesien“ bei der Bank für Handel und Industrie in Dortmund.

gefunden wurde. Der Tote wird folgendermaßen beschrieben: Größe 1,65 Mtr., 22-24 Jahre alt, hellblondes Haar, bekleidet mit weißem Vorhemd, weichem Umschlagkragen mit blauem Bindeknopf, hellem Hut, graufarbiten Jäckel und sehr guten schwarzen Schnürschuhen. Auffällig war es, daß der Selbstmörder keinerlei Ausweisstücke bei sich trug. Mitteilungen, die zur Erkennung der Person des Erhängten führen können, sind an die hiesige Kriminalpolizei oder an die Polizeiverwaltung des Amtes Gohfeld-Mennighüffen zu richten.

Ami Herford-Biddenhausen.

Schwarzenmoor. Der Geflügelverein Schwarzenmoor bezieht am kommenden Sonntag, den 13. Februar, in dem Saale des Gastwirts Hüffmann sein diesjähriges Stiftungsfest durch einen großen Fahnenball. Die Ueberschüsse des Festes sollen dem Fonds für die Schaffung eines Krieger-Ehrenmals in unserer Gemeinde zufließen. Im Hinblick auf den guten Zweck der Veranstaltung rechnet gen. Verein mit einem starken Zuspruch.

Ami Gohfeld-Mennighüffen.

th. Köhne (Wahnhof). In einer der letzten Nächte wurden drei hiesigen nebeneinander wohnenden Eingekerkerten zum Tode aufgehängt. Herren-, Damen- und Kinderhemden, sowie mehrere Paar Strümpfe im Werte von circa 2000 M gestohlen.

th. Mennighüffen. Die 50 Jahre alte Ehefrau des Bauers Schlinger in Gohfeld stürzte am Montag nachmittag vom Hausboden durch die Luke und war sofort tot. Sie hatte den Boden bestiegen, um Stroh abzuwerfen, glitt beim Besteigen des neben der Luke aufgebauten Strohhäufens aus und fiel auf die nackte Tonne. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte keine Hilfe mehr bringen, der Tod war unmittelbar nach dem Sturz eingetreten. Der Ehemann befand sich zur Zeit des Unglücks auf Arbeit im Industriegebiet.

th. Mennighüffen. Einem hiesigen Kaufmann wurde in einer der vergangenen Nächte ein Ballen rotes Zinelt von etwa 30 Meter Länge gestohlen. Der Täter hat mit einem 10 Pfund schweren Stein die große Schaufenster-Scheibe zertrümmert und aus dem Schaufenster den Ballen Stoff herausgeholt.

th. Bischöfshagen. Am Sonntagabend zwischen 7 und 8 Uhr wurde dem Landwirt und Händler M. Hierselbst ein Betrag von 10 000 M gestohlen. Das Geld war im Schlafzimmer im Bett versteckt aufbewahrt. Der Dieb, der ortslundig war und um die Geldverhältnisse Bescheid gewußt haben muß, hat sich durch Eindringen einer Fenster-Scheibe Zugang zum Schlafzimmer verschafft. Dem Täter ist man bereits auf der Spur. Dieser Fall ist wieder eine Mahnung, überflüssiges Geld nicht im Hause aufzubewahren, sondern es zur Sparkasse zu bringen, wo es vor Dieben sicher ist und zudem Zinsen einbringt.

Vielefeld. Aus den Kreisen Vielefeld Stadt und Land müssen 112 bzw. 26 wohnende Oberschlesier für die demnächst stattfindende Abstimmung ausgerüstet und mit Geld versehen werden. Zur Aufbringung der Kosten haben die Vielefelder Industrieverbände sich bereit erklärt, 1/2 Prozent eines Monatslohnes sämtlicher Betriebe in Vielefeld Stadt und Land zur Verfügung zu stellen, was etwa 120 000 Mark ausmacht. Außerdem wird den in Betracht kommenden Personen während der Zeit ihrer Abwesenheit der Lohn weiterbezahlt werden. Auch die Landwirtschaft wird zu ihrem Teil zu den Abstimmungskosten beitragen. Im landwirtschaftlichen Kreisverein wurde beschlossen, die auf den Landkreis Vielefeld entfallenden, rund 40 000 Mark durch eine Umlage, je nach der Morgenzahl, aufzubringen. Die Umlage, wofür etwa 100 000 Morgen in Betracht kommen, wurde auf 50 Pfg. für leichten Boden, und 75 Pfg. für schweren Boden je Morgen festgesetzt. In gleicher Form und gleicher Höhe haben die Vielefelder Industrieverbände fützlich je 120 000 Mark für die Sammlung Kinderhilfe und für die Unterstützung notleidender Studenten an den deutschen Universitäten aufgebracht.

Uns Nachbarschaft u. aller Welt.

Halle. Das Finanzamt in Salzwedel erkannte gegen den Kaufmann Adolf Müller wegen bewusster unrichtiger Angabe in seiner Steuererklärung auf eine Geldstrafe von 225 000 Mark sowie auf Einziehung der verschwiegenen Vermögenssteile.

Hindenburg. Sechs schwerbewaffnete Banditen überfielen im Dorfe Zabrze das Geschäftshaus eines deutschen Kaufmanns und plünderten es aus. Es fielen ihnen 18 500 Mark bares Geld und für etwa 20 000 Mark Waren in die Hände. Die hinstreichende größere Menschenmasse wagte nicht, gegen die Banditen vorzugehen, die unbeteiligt mit ihrer Beute entkamen.

Berlin. Die Reichstreuhand-Gesellschaft ist einer großen Verchiebung von Heeresgut nach Polen auf die Spur gekommen. Der Verwalter des Optischen Lagers der Reichstreuhandgesellschaft in Spandau versuchte mittels einer Reihe von Schießern optische Instrumente, welche für Artillerie- und Infanteriezwecke geeignet waren, an polnische Käufer zu verkaufen. Am Sonntagabend wurden in Berlin 8 große Kisten bei einem Spediteur beschlagnahmt, in denen sich 300 Rundblichfernrohre, 200 Artilleriewehrer und 12 Handblichfernrohre befanden. Außerdem wurde weiteres Heeres-

gut im Werte von 200 000 Mark bei einem Fabrikbesitzer in Steglitz vorgefunden. 13 Personen, die an dem Schmuggel nach Polen beteiligt sind, konnten verhaftet werden. Leider gelang es nicht, die polnischen Käufer festzunehmen.

Königsberg. Ein führender Banditenführer wurde dieser Tage in Kibau verhaftet. In der Wohnung des Geldwechslers Lande im belebtesten Teile der Stadt, erschienen um die Mittagszeit in Abwesenheit des Wechslers vier als Polizisten verkleidete Banditen und durchsuchten die Wohnung nach falschem Geld, das angeblich von Lande verborgen sein sollte. Sie durchwühlten Schränke und Kommoden, ließen alle Kostbarkeiten, die sie fanden, unberührt und bemächtigten sich nur des baren Geldes, dann begaben sich die Räuber in die Schlafstube des Landeschen Ehepaares, rissen die Kissen in Streifen und fesselten damit Frau Lande und vier Familienangehörige. Inzwischen erhielt die Familie Besuch von Bekannten, und auch die Neuangekommenen wurden auf diese Weise gefesselt, nachdem man ihnen die Briefschaften geleert hatte. Durch drohend vorgehaltene Revolver hielt man die Geängstigten in Schach und drohte zu schießen, falls sie schreien sollten. Endlich kam Herr Lande mit seiner Schwester nach Hause. Nach sie wurden gefesselt und ausgeplündert. Dann verschwanden die Räuber, denen bei dieser tollen Köpenidiade etwa eine halbe Million baren Geldes in die Hände gefallen war. Die Gefesselten, 20 an der Zahl, befreiten sich aus ihren Banden und begaben sich auf die Polizei, um Anzeige zu erstatten.

Stettin. In einer sozialdemokratischen Versammlung in Kolb sah es zu einer Schießerei, wobei ein Arbeiter getroffen wurde. Der inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Auch in Pölitz wurden bei einer Wahlversammlung mehrere Pölitzer Bürger verletzt und mußten blutüberströmt aus dem Saale gebracht werden.

München. Am Montag nachmittag wurde im Englischen Garten der Chauffeur Gernauer von einem Polizeibeamten dabei überrascht, wie er etwas eingraben wollte. Es stellte sich heraus, daß Gernauer der Raubmörder der Frau des Kleinbauern Eden aus Thannitz ist, die am Sonntag vormittag verhaftet und ermordet worden war. Gernauer wollte seine Beute vergraben.

Strafammer.

cr. Vielefeld, 7. Februar.

Die Preise für Winterkartoffeln durch Kettenhandel gesteigert zu haben, standen unter Auflage der Händler Wilhelm Dufmann von Dreher, der Händler Hermann Buschländer von Sieder, der Bäcker Georg Nagel von Bardüdingdorf und dessen Vater, der Bäcker und Händler Heinrich Nagel von Bardüdingdorf. Sie waren beschuldigt, ohne behördliche Erlaubnis den Handel mit Kartoffeln betrieben zu haben. Wie zu erwarten, waren bei der schnappen Anfuhr von Speisekartoffeln im Herbst v. J. durch Zwischengänge die Preise weit über die festgesetzten Höchstpreise hinaus in erheblichem Maße gesteigert worden, sodaß zuletzt sogar 45 Mark für einen Zentner Kartoffeln gefordert wurden. Bei Dufmann wurde festgestellt, daß er im Herbst v. J. allein 20 Waggons Kartoffeln von seinem in Jüsterburg wohnenden Bruder, der die Großhandelsvermittlung besaß bezogen und an industrielle Werke abgesetzt hat. Da er im Auftrage seines Bruders gehandelt hat, wurde er freigesprochen. Bei Buschländer und Georg Nagel, die als Vermittler für die Werke aufgetreten sind und dabei erheblich die Preise gesteigert haben, wurde nicht nur Kettenhandel, sondern auch unerlaubter Handel mit Lebensmitteln festgestellt. Buschländer wurde zu einer Geldstrafe von 5000 Mark und Georg Nagel zu einer solchen von 200 Mark verurteilt. Heinrich Nagel wurde freigesprochen.

Ein jugendlicher Arbeiter, fest fürsorgebedürftig, von Herford hat Ende v. J. in Herford mit einem anderen Burchen einen Treibriemen im Werte von 120 Mark gestohlen und diesen für 20 Mark an den Monteur V. von Herford weiterverkauft. Der Dieb erhielt einschließend einer noch zu verhängenden Strafe im ganzen 4 Monate Gefängnis, während V. wegen Fehlleistung mit 1 Monat davonkam. Bei beiden wurde die Strafvollstreckung ausgesetzt.

Eine schändliche Tat hat der Arbeiter Wilhelm Krücker von Kirchenger mit seinem bereits abgeurteilten Bruder Heinrich und dem Arbeiter Wilhelm Lüding ausgeführt. In der Nacht zum 18. April 1919 stahlen sie dem Landwirt Trampe in Südlengern eine tragende Sau aus dem Stalle, stachen sie in einem nahe gelegenen Gehölz ab und schlachteten sie in der Nähe in einem Feuerlingshaufe aus. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf 6 Monate Gefängnis.

Die Unvorsichtigkeit beim Ankauf von einem mittellosen jungen Burchen kam dem Zigarrenhändler Sch. von Herford teuer zu stehen. In der Beratungsinanz wurde er wegen Begünstigung zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Er hatte im Frühjahr v. J. von einem jungen Burchen, dessen Schwester an ihrer Arbeitsstelle Schokolade gestohlen hatte, gekauft. Im ganzen handelte es sich um 100 bis 200 Tafeln, die er zum Preise von 4 bis 5 Mark pro Tafel erstanden hatte, obwohl sie einen Wert von über 6 Mark hatten.

Der Kaufmann St. aus Kirchenger, fest zu Essen wohnhaft, war vom Schöffengericht Bünde wegen Mißhandlung und Beleidigung gegenüber der Haushälterin seines Vaters zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt worden. Gegen das Urteil war von Seiten des Angeklagten Berufung eingelegt worden. Nach dem Gutachten des Nervenarztes hat der Angeklagte, der im Jahre 1919 aus Ostafrika zurückgekehrt und morphiumabhängig ist, in der hier in Frage kommenden Zeit an Delirium tremens gelitten, sodaß er für seine Handlungen in dieser Zeit nicht verantwortlich zu machen ist. Es wurde deshalb das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Sport.

Westfälische Wettturner für Leipzig.

Auf Grund des in Dortmund stattgefundenen Ausscheidungs-Turnens entsendet der Kreis 8a - Westfalen und Bippe - der Deutschen Turnerschaft zu den am 3. April in Leipzig stattfindenden Meisterschaftskämpfen am Gerät folgende Turner und Turninnen: Zehnkampfer der Männer (über 40 Jahre alt): W. Pulvermacher, V. Datteln; W. Pantofe, Turngemeinde-Verein-Vielefeld; A. Maffet, V. Harfort-Wetter. - Zehnkampfer der Männer: Schampere-Turn- und Spielg. Göttingen; Plagel, Turngemeinde-Verein-Vielefeld; W. Maffet, Turn- und Sportg. Jahn-Hagen; Stühler, V. Westfalen-Bünde; Straßmann, V. Germania-Hamm; Reist, Turngemeinde-

Bochum, Pospich, V. Eintracht-Dortmund. - Dreikämpfer der Männer: Altwischer, V. Gütersloh; Schorich, V. Herne; Schleich, Turnklub-Dortmund. - Meisterschaft am Reck: Klein, V. Siegen; Josef Angersbach, V. Witten. - Meisterschaft am Barren: Hartmann, Turngemeinde-Bochum; Ridel, Turngemeinde-Bochum; Schellberger, Turn- und Sportg. Jahn-Hagen. - Meisterschaft am Pferd: Rofch, Turngemeinde-Bochum; Widdemann, V. Jahn-Hagen; Spielverein-Nahmer. - Siebentkampf der Frauen: Fr. M. Wurm, V. Bündenfeld von 1861; Fr. Ch. Fingerhut, V. Bündenfeld von 1861; Fr. Morsbacher, Turngemeinde-Bochum; Fr. Schmellenkamp, Turng. Bochum; Fr. Drosche, V. Eintracht-Dortmund; Fr. Siebel, V. Gilpe. - Dreikampf der Frauen: Fr. Erna Reuter, V. Bündenfeld von 1861; Fr. Bee, Jahn-Arnberg; Fr. Nolte, Jahn-Arnberg.

Harfortbergfest 1921.

Das diesjährige Harfortbergfest - rheinisch-westfälisches Volksfest - findet am Sonntag, den 7. August auf dem „Alten Stamm“ bei Wetter a. d. Ruhr statt. Für den Fünftkampf sind folgende vollständige Uebungen festgesetzt: 100-Meter-Laufen, Stabhochspringen, Steinstoßen, Dreisprung, Kugelschießen. In den gleichen Uebungen findet ein Mannschaftsfünftkampf um die erstmalig zum Austrag gelangende „Meier-Hagen-Platette“ statt. Weiter sind vorgesehene Einzelskämpfe in Speerwerfen und Ringen sowie als Mannschaftskampf ein 500-Meter-Staffellauf. Gelegentlich des Harfortbergfestes soll gleichzeitig die Kreismeisterschaft des Kreises 8a - Westfalen und Bippe - der Deutschen Turnerschaft im Mannschaftskugelschießen (20 Pfund, jede Mannschaft 5 Teilnehmer) ausgetragen werden. - Am 11. September soll auf dem Harfortberge ein vollständiges Jugendwettbewerbturnen in 2 Altersklassen mit je einer Lauf-, Wurf- und Springübung stattfinden.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

	8. Febr.	7. Febr.
Telegraphische Anzeiger:		
Amsterdam-Rotterdam . . . 100 Fl.	2116,50	2131,15
Brüssel-Antwerpen . . . 100 Frs.	45,00	45,00
Christiania . . . 100 Kr.	111,35	111,35
Kopenhagen . . . 100 Kr.	115,90	115,90
Stockholm . . . 100 Kr.	136,60	137,80
Singapore . . . 100 fl.	217,75	218,25
London . . . 100 Pfd. Sterl.	222,25	222,25
New York . . . 100 Doll.	61,80 1/2	61,94 1/2
Paris . . . 100 Frs.	43,55	43,55
Schweiz . . . 100 Frs.	99,00	100,06
Spanien . . . 100 Pes.	85,10	86,90
Wien (alt) . . . 100 Kr.	15,10 1/2	15,14 1/2
Wien (neue) . . . 100 Kr.	77,15	77,15
Budapest . . . 100 Kr.	11,08	11,12

Verantwortlicher Redakteur: i. V. Fr. Bierstedt; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Festsetzung der Bau- und Straßenfluchtlinien der Elberdifferstraße vor der Befestigung des Brennereibesizers Wittenborg, Elberdifferstraße 17 und 24/26.

Durch die Beschlüsse des Magistrats vom 6. Januar und 10. November 1920 und der Stadtverordneten vom 28. Januar 1921 sind die Bau- und Straßenfluchtlinien der Elberdifferstraße vor der Befestigung des Brennereibesizers Wittenborg, Elberdifferstraße 17 u. 24/26, festgelegt worden. Der Plan liegt gemäß §§ 7 und 10 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 vom 10. Februar bis 10. März 1921 auf Zimmer 81 (Rathaus, 2. Obergesch.) zu Jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen die Festsetzung des Planes können während der angegebenen Ausschlussfrist beim Magistrat angebracht werden.

Herford, den 2. Februar 1921.

Der Magistrat.

Änderung des Fluchtlinienplanes über das Gelände zwischen Staatsbahn, Mittelindstraße und Vielefelderstraße.

Durch die Beschlüsse des Magistrats vom 9. September 1919, sowie der Stadtverordneten vom 28. Januar 1921 ist der Fluchtlinienplan über das Gelände zwischen Staatsbahn, Mittelindstraße und Vielefelderstraße geändert worden. Der Plan liegt gemäß §§ 7 und 10 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 vom 10. Februar bis 10. März 1921 auf dem Stadtmehamt (Rathaus, Zimmer 81) zu Jedermanns Einsicht offen. Einwendungen gegen die Änderung können während der genannten Frist bei uns angebracht werden.

Herford, den 4. Februar 1921.

Der Magistrat.

Fluchtlinienänderung der verlängerten Mönchstraße.

Durch die Beschlüsse des Magistrats vom 22. Dezember 1920 und der Stadtverordneten vom 28. Januar 1921 ist die Fluchtlinie der verlängerten Mönchstraße geändert worden. Der Plan liegt gemäß §§ 7 und 10 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 vom 10. Februar bis 10. März 1921 auf dem Stadtmehamt (Rathaus, Zimmer 81) zu Jedermanns Einsicht offen. Einwendungen gegen die Aenderung können während der genannten Frist bei uns angebracht werden.

Herford, den 4. Februar 1921.

Der Magistrat.

Die für die Alhmerstraße für den Fuhrwerksverkehr verhängte Sperrung wird hiemit aufgehoben.

Herford, den 4. Februar 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

LACTO-EIPULDER
(Lactovolin)
Ovolin-Eiweisspulver zum Schneeschlagen
Lacto-Rührei-Pulver
Alleinhersteller: LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.

